

## Beilage 4645

### Bericht

des

Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen  
zum

Schreiben des Verfassungsgerichts-  
hofs betreffend Antrag der Frau  
Auguste Zirovnik in Ergoldsbach/  
Ndb., Bevollmächtigter RA. Dr. Karl  
Fees in München, auf Feststellung  
der Verfassungswidrigkeit des 1. Halb-  
satzes des Satzes 2 des Abs. 2 von § 4  
des Gesetzes zur Regelung der Rechts-  
verhältnisse der unter § 63 des Ge-  
setzes zu Art. 131 des Grundgesetzes  
fallenden Personen vom 31. Juli 1952  
(GVBl. S. 235) — Nr. 18 536 —

Berichterstatter: Dr. Fischer

Antrag des Ausschusses:

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist als unbegrün-  
det zurückzuweisen.
- III. Als Bevollmächtigter des Landtags wird Ab-  
geordneter Dr. Fischer bestimmt.
- IV. Auf mündliche Verhandlung wird verzichtet.

München, den 6. Oktober 1953

Der Vorsitzende:  
Stock

## Beilage 4646

### Bericht

des

Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen  
zum

Schreiben des Bundesverfassungs-  
gerichts betreffend Antrag des  
Dr. Bahls und Genossen auf Nichtig-  
erklärung verschiedener Bestimmun-  
gen des Bundesgesetzes zur Regelung  
der Rechtsverhältnisse der unter  
Art. 131 GG. fallenden Personen vom  
11. Mai 1951 (BGBl. I S. 307) — Nr. 18091 —

Berichterstatter: Dr. von Prittwitz

Antrag des Ausschusses:

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem  
Verfahren.

München, den 6. Oktober 1953

Der Vorsitzende:  
Stock

---

Der Antrag des Abgeordneten Dr. Lacherbauer betr.  
Einsetzung eines Landtagsausschusses zur Untersuchung  
des Landfluchtproblems (Beil. 159) wurde zurückgezogen.

## Beilage 4647

### Bericht

des

Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen  
zum

Schreiben des Bundesverfassungs-  
gerichts betreffend Antrag des 1. Zi-  
vilsenats des Oberlandesgerichts  
Nürnberg auf Entscheidung über die  
Verfassungsmäßigkeit des § 19 des  
bayerischen Gesetzes zur Regelung  
der Rechtsverhältnisse der unter § 63  
des Gesetzes zu Art. 131 des Grund-  
gesetzes fallenden Personen (Baye-  
risches Gesetz zu Art. 131 GG.) vom  
31. Juli 1952 (GVBl. S. 235) — Nr. 17613 —

Berichterstatter: Donsberger

Antrag des Ausschusses:

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist als unbegrün-  
det zurückzuweisen.
- III. Auf mündliche Verhandlung wird verzichtet.
- IV. Für den Fall einer mündlichen Verhandlung  
wird Abgeordneter Donsberger als Vertreter  
des Landtags bestellt.

München, den 6. Oktober 1953

Der Vorsitzende:  
Stock

## Beilage 4648

### Bericht

des

Ausschusses für den Staatshaushalt  
zum

Antrag der Abgeordneten Dr. Anker-  
müller, Dr. Lenz, von Knoeringen,  
Op den Orth, Bantele, Simmel und  
Hadasch betreffend Angleichung der  
Bereitschaftspolizei an den Bundes-  
grenzschutz hinsichtlich der Besol-  
dung (Beilage 4386)

Berichterstatter: Hofmann L.

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung.

München, den 6. Oktober 1953

Der Vorsitzende:  
Eberhard

---

Der Antrag des Abgeordneten Dr. Sturm betr. Ent-  
munitionierung sämtlicher Munitionslagerstellen (Bei-  
lage 4544) wurde am 2. Oktober zurückgezogen.